

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 7,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 27 • 36. Jahrgang

Berlin, den 5. Juli 1930

Der Reichstarif allgemeinverbindlich

Abkürzung:

Der Reichsarbeitsminister
IIIb 125 B/213 Tar.

Berlin NW 40, den 23. Juni 1930.

Entscheidung

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite:
Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands;
Graphischer Zentralverband.
- II. Tag des Abschlusses: 8. März 1930, Reichstarif für das Deutsche Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal (Manteltarifvertrag).
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Druckereiabteilungen sachfremder Betriebe. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen sachfremder Betriebe, die Buchdruckerarbeiten überwiegend zur Herstellung der Betriebsprodukte verrichten. Sie erstreckt sich ferner nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen der Gemeinden, Gemeindeverbände, der Länder und des Reichs, die Buchdruckerarbeiten lediglich für Verwaltungszwecke verrichten. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Bestimmungen für Tariforgane (§§ 11 bis 18 des Tarifvertrages).
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1930.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.
Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifs vom 30. März 1927 hat geendet.
Im Auftrage: gez. Dr. Meves.
Beglaubigt: Wollburg, Min.-Kanzleiaffistent.
Eingetragen am 26. Juni 1930 auf Blatt 7569/9719 I b. Nr. 3 des Tarifregisters.
Der Registerführer, gez. Unterschrift.

Stempel

Die Ortskrankenkassen gegen Regierungsentwurf

Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen hatte am 26. Juni die Vertreter der Ortskrankenkassen nach Berlin zusammenberufen, um zu dem Entwurf über Änderungen in der Krankenversicherung Stellung zu nehmen. Ungefähr 500 Vertreter nahmen an dieser Kundgebung teil. Die einleitenden Ausführungen machte der Geschäftsführer und Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmuth Lehmann. Er führte u. a. aus: Der im Jahre 1924 begonnene Propagandafeldzug der Ärzte gegen die Krankenkassen, der zu dem Zweck entworfen

wurde, eine 25prozentige Honorarhöhung durchzuführen, trägt jetzt seine Früchte. So wurde die Stimmung vorbereitet für die Einbeziehung der Krankenversicherung in das Sparprogramm der Regierung. Der Gesetzentwurf zur Änderung der Krankenversicherung stützt sich weitgehend auf die Denkschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Die Regierung will in der Hauptsache folgende Umänderungen in das Gesetz über Krankenversicherung einfügen: 0,50 M. Arzneikostenanteil, 1 M. Krankenscheingebühr für den Versicherten, Wegfall von Krankengeld neben dem Gehalt, Herabsetzung des Höchstgrundlohns auf 9 M., Herabsetzung des Krankengeldes auf 50 Prozent des Grundlohns, Wartezeit von drei Werktagen für Krankengeldbezug, Neuregelung des fassenärztlichen Dienstes und die Verringerung der Rücklage. Der Referent verwies auf die Häufung dieser Sparmaßnahmen. Sollte der Arzneikostenanteil und die Krankenscheingebühr wirklich eingeführt werden, so darf sie nicht gelten für Arbeitsunfähige, Arbeitslose, Wöchnerinnen, Anfallverletzte und bei ansteckenden Krankheiten. Scheidet man diese Fälle aus, so könnten diese Schutzmaßnahmen nur für wenige Fälle gelten. Werden die Erkrankten in der Krankenversicherung wirklich gespart werden, so kann dieses am besten und wirksamsten bei dem Arzthonorar geschehen. 35 000 Ärzte sind zur Kasernenpraxis zugelassen. Dagegen werden nur 21 000 wirklich gebraucht. Die Zulassungsbeschränkungen für Ärzte sind dringend notwendig, denn es warten bereits wieder 5000 auf Zulassung, außerdem sind noch 21 000 Medizinstudierende vorhanden. Bei 500 Millionen Mark Gesamtaufwand würden für jeden Kasernenarzt, wenn ihre Zahl auf 21 000 beschränkt würde, jährlich etwa 18 300 M. zur Verfügung stehen. Der Arztstand gehört zweifellos zu den gesündesten aller Berufe. Das Gesamteinkommen der Ärzte kann auf 900 bis 1000 Millionen Mark jährlich geschätzt werden. Das ist ein Durchschnittseinkommen für jeden Arzt von mehr als 20 000 M. Der Beschluß des Arztes, 10 Prozent der Honorare in eine Kriegskasse zu leiten, deutet darauf hin, daß die Ärzte es auf eine Machtprobe mit den Krankenkassen ankommen lassen wollen. Unter Beifall erklärte Lehmann, daß die Ärzte zu einem kleinen Generalstreik eingeladen sind. Die Krankenkassen sind dazu gerufen. Der Abbau der Leistungen der Krankenkassen ist unethisch, wenn der fassenärztliche Dienst reformiert wird.

Die Aussprache gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Die Versichertenvertreter wandten sich außerordentlich scharf gegen den Regierungsentwurf. Aber auch die Arbeitgebervertreter ließen es an einer Kritik nicht fehlen und waren ebenfalls für Ablehnung des Entwurfs. Ein Arbeitgeberbeisitzer erklärte: Durch den Entwurf würde die ungesunde Arbeitslosenversicherung nicht gebildet, sondern die gesunde Krankenversicherung krank gemacht. Die Kundgebung nahm zum Schluß einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Die versammelten Landesverbände des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwerste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung. Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschlüsse grotzentheils unberücksichtigt. Statt dessen bringt er eine Einbeziehung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheingebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des fassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Vereinfachungen sichern völlig die von der

Reichsregierung als notwendig bezeichneten Ersparnisse. Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören. Dagegen läßt der Entwurf die dringenden notwendigen Vereinfachungen in der Organisation durch Beseitigung der Zwergkassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden bedauerlicherweise vermissen. Die Versammlungen fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfs zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerechtwerdenden Reform der Krankenversicherung.“

Im Ausland Kopfschütteln

Der jamaose Schiedsspruch von Deynhhausen, der später vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, wird noch auf lange Zeit hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Es ist ein bodenloser Skandal, gerade denjenigen Arbeitergruppen etwas vom Lohn abzuziehen, die am längsten und am schwersten zu arbeiten und die niedrigsten Lohnsätze haben. Daß das Ausland derartige Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich jeder denken. Ein Redakteur der „Industrie- und Handelszeitung“ hat, während der Schiedsspruch gefälkt wurde, eine Englandreise unternommen, worüber er in seiner Zeitung Nr. 145 berichtet. Wir lesen in dem Artikel u. a. folgendes:

„Besonders bemerkenswert war jedoch die der Tendenz nach fast einmütig ablehnende Aufnahme, die der Schiedsspruch im Ausland gefunden hat. Ich selbst habe dies aus nächster Nähe feststellen können, da ich mich zur Zeit, als der Schiedsspruch erging, auf einer Vortragstournee in London befand. In Gesprächen mit Persönlichkeiten aus allen Kreisen des englischen Wirtschaftslebens, der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Finanz sowie mit Politikern, Wirtschaftsjournalisten usw., überall begegnete man Kopfschütteln, ja teilweise Erbitterung darüber, daß man in Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Kaufkraft auf der ganzen Welt einen so niedrigen Stand erreicht hat, zu einer weiteren willkürlichen Herabsetzung der Kaufkraft schreite. Ich habe häufig die allgetragte Mißbegegnung, meinen Diskussionspartnern drüben auseinanderzusetzen, daß dies selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Wirtschaftspolitik, aber auch bestimmt nicht die Folge der jetzt ergriffenen Maßnahmen sein könne. Man hat mich gar zu gern immer wieder auf das Beispiel der Vereinigten Staaten verwiesen, die mit ihrer Politik der hohen Löhne so große Erfolge erzielt haben — also die bekannte Kaufkrafttheorie, die sich auch in Deutschland großer Beliebtheit erfreut.“

Es hat also bei den Engländern berechtigtes Kopfschütteln erregt, daß man auf diese Art in Deutschland versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn auch die englischen Unternehmer, wie die Vorgänge im englischen Bergbau gezeigt haben, um keinen Deut besser sind, so können sie es aber doch nicht begreifen, daß man sich ausgerechnet die Eisenindustrie zu einem derartigen Experiment ausgesucht hat. Der betreffende Redakteur berichtet dann weiter über seine Bemühungen, den Engländern die Notwendigkeit einer solchen Wirtschaftspolitik klarzumachen. Wir glauben, und das ist auch zwischen den Zeilen zu lesen, daß es ihm nicht gelungen ist. Wichtig ist für uns die Tatsache, daß nicht nur den Engländern, sondern dem gesamten Ausland die Lohnsenktungsaktion, ausgerechnet zu einer Zeit, da die Stärkung der Kaufkraft eine dringende Notwendigkeit wäre, als krasser Unsinn vorkommt.

Allerdings dürfen wir nun nicht annehmen, daß die deutschen Unternehmer dadurch Lehre annehmen werden. Die Meinung ihrer ausländischen Kollegen ist ihnen gewiß oft sehr wertvoll, in diesem Punkt aber hindert sie Eitelkeit, haben sich außerdem auch auf Barolen festgelegt, so daß bessere Einsicht, wenn sie überhaupt vorhanden ist, gar nicht zum Ausdruck gebracht werden darf. Wir sagten wohlgerne alle Unternehmer und betonen das besonders, damit niemand auf den Gedanken verfällt, daß die Herren Druckereibesitzer eine Ausnahme machen.

Konkurrenzercheinungen im graphischen Gewerbe

Die Wirtschaftsentwicklung der jüngeren Vergangenheit hat genügend Beispiele dafür geliefert, daß einzelne Wirtschaftszweige ganz oder teilweise durch andere Wirtschaftszweige oder durch den Fortfall bisheriger Bedürfnisse verdrängt werden können. Der Beton hat den Ziegelfeinst, der Automobilismus die Pferdebesitzer, der Bubifopf den Haarzopf und die Haarnadel empfindlich verdrängt. Die Herstellung von Nippesfiguren und dergleichen mußte durch eine veränderte Geschmacksrichtung, die Holzgewinnung infolge der zunehmenden Verwendung von Wasserkraft erheblich eingeschränkt werden.

Theoretisch besteht diese Gefahr für jede Industrie und jedes Gewerbe. Ob sie allerdings tatsächlich eintreten wird, läßt sich auf längere Sicht kaum jemals mit Bestimmtheit voraussagen. Erst wenn die Gefahr der Verdrängung sich durch entsprechende Vorgänge in der Wirtschaftspraxis bereits angekündigt hat, ist eine Beurteilung des wirtschaftlichen Schicksals der betroffenen Industrien und Gewerbe möglich.

Mit Rücksicht auf die verschiedensten Erscheinungen auf dem Gebiete der gesamtwirtschaftlichen Konkurrenz ist es sicherlich nicht mißlich, die Frage zu prüfen, inwieweit gegenwärtig der Abfall des Druckereigewerbes durch die Konkurrenz anderer Industrien und Gewerbe bedroht ist.

Sehen wir vom Malergewerbe ab, so war die Herstellung von Mitteln der Reklame ehemals fast unbetrittenes Monopol des Druckereigewerbes. Neuerdings begegnet uns hier eine überaus vielseitige Konkurrenz. In den Straßen stoßen wir auf die Leuchtreklame besonderer Reklameunternehmen, auf ganze Reklameteambos mit bemalten Transparenten. Aus den Lautsprechern schallt uns die sogenannte Hörfunktreklame entgegen, und im Kino gleitet die Film- und Einzelbildreklame über die Leinwand. Zwar ist nicht anzunehmen, daß durch diese Konkurrenzformen der Reklame der bereits vorhandene Auftragszufluß zum Gewerbe wesentlich gehemmt wird. Am allerwenigsten besteht diese Gefahr für die Herstellung von Anzeigen, Prospekt, Katalog, Werberbriefe usw. Denn fast regelmäßig für abgegrenzte Personenzirkel bestimmt, während sich Straßen-, Kino- und Hörfunktreklame nur an die Allgemeinheit wenden können, was in den meisten Fällen eher ein Nachteil, denn ein Vorteil ist. Ernstlicher stellt sich schon die Frage nach den Auswirkungen dieser Konkurrenz für das Angelegenheitsgebiet der Zeitungen, denn auch die Zeitungsreklame wendet sich an ein allgemeines Publikum. Jedoch verfügt die Zeitungsreklame gegenüber ihrer Konkurrenz über so weitestgehende Vorteile, daß eine ernsthafte Bedrohung ihrer Stellung in der Reklame nicht zu befürchten ist. Die Nachteile der geschickten Konkurrenzformen gegenüber der gedruckten Reklame liegen nicht nur auf finanziellem, sondern auch auf dem Gebiet der Wirkung. Weshalb sehen wir immer weniger beleuchtungs-transparente oder Reklamegeschäfte? Weil ihre Benutzung ungemein kostspielig und ihre Beachtung denkbar gering ist. Dasselbe gilt für die Hörfunktreklame. Eine teure Sache, die dadurch nicht wertvoller wird, daß jeder Hörer sofort abstellt, wenn das Wort Reklame erschallt. Wann macht man im Kino die Augen zu? Oder wann ärgert man sich im Kino? Wenn die Reklame kommt! Im Kino will man ausspannen von den Anstrengungen der Tagesarbeit, und nichts ist unerwünschter als die Belästigung mit geschäftlichen Angelegenheiten. Kluge Kinobesitzer verzichten seit langem auf die Nebeneinnahme, durch die die Haupteinnahme geschmälert wird. Und wo diese Form der Reklame noch gepflegt wird, ist ihr Umfang merklich zurückgegangen. Der Vorstoß gegen die gedruckte Reklame ist auf der ganzen Linie im Abnehmen. Fasten ihr auch hier und da Mängel an, deren Abstellung wünschenswert ist, so erweitert sie sich doch immer wieder als die zweckmäßigste Form der Reklame, deren unbedingte Vorherrschaft gegenwärtig in keiner Weise bedroht ist.

In den Rahmen dieses Aufsatzes gehört auch die vielfach besprochene Frage, ob nicht durch Kino, Rundfunk, Sport usw. der Absatz insbesondere des unterhaltenden Buches erheblich eingeschränkt wird. Zweifellos trifft das in gewisser Hinsicht zu. Insbesondere Kino und Sport ersetzen vielen das Bedürfnis, ein unterhaltendes Buch zu lesen. Selbst Rückwirkungen auf den Absatz gehaltvoller Bücher werden festzustellen sein, denn die moderne Unterhaltungsindustrie erzeugt im ganzen Volke eine derart ungesunde Einstellung, daß das Interesse für das gute Buch gerabzu verkümmern muß. Unter dem gewerblichen Gesichtspunkte ist jedoch mißwendig zu berücksichtigen, daß gerade diese Industrie mit ganz besonders starker Reklame arbeitet, wodurch ein gewisser Ausgleich in den Ausfall in der Buchproduktion erfolgt. Schätzungsweise bleibt der Ausfall dennoch sehr beträchtlich.

Ander Gewerbe bezieht einen nicht unwesentlichen Teil seiner Aufträge aus der kaufmännischen Verwal-

tung der Wirtschaft. Hier machen sich seit längerer Zeit Bestrebungen bemerkbar, insbesondere die Buchhaltung zu mechanisieren. In nicht geringem Umfang sind bereits Buchungsmaschinen eingeführt worden, die für die Buchführung nicht viel mehr gebrauchen als eine Anzahl fast unbedruckter Karten. Zahlreiche, bei der normalen Buchhaltung notwendige Requisitionen druckereigewerblicher Art kommen völlig in Fortfall. Es leuchtet ein, daß dadurch das Gewerbe, wenn auch nicht sehr bedeutende, immerhin Aufträge entzogen werden. Vorläufig eignet sich diese Buchungsart nur für große und größte Betriebe. Es ist jedoch gar nicht ausgeschlossen, daß sie infolge entsprechender Neuerungen später auch auf andere Betriebe übergreift.

Nicht nur die Kartongewerke, sondern auch zahlreiche Buch- und Steindruckereien sind mit der Herstellung von Verpackungen beschäftigt. Auch hier herrscht eine gewisse Konkurrenz mit anderen Gewerben. Nehmen wir als Beispiel die Zigarettenpackung. Neben der Kartongewerke gibt es die bedruckte Blechpackung (hier bleibt der Druck immer noch im Gewerbe), und daneben wiederum gibt es die unbedruckte, lediglich geprägte Holzpackung, die restlos in einem anderen Gewerbe hergestellt wird. Für die leuzeren Marken wird die Holzpackung gegenüber der Kartongewerke bevorzugt, und lägen ihre Herstellungskosten nicht wesentlich höher als die der Kartongewerke, so würde unser Gewerbe sehr wahrscheinlich restlos vom Markt dieser Verpackungen verdrängt sein.

Die ernsthafteste Konkurrenz erwächst dem Gewerbe zweifellos durch die Schreibstaben und Vervielfältigungsapparate. Ihrer Natur nach wirkt diese Konkurrenz nur an kleinen und kleinsten Objekten aus. Jedoch ist zu bedenken, daß es sich um eine Ansammlung von kleinen Objekten, also um ein „großes Ziel“ handelt. Eigentümlich ist es nur ein und das fragwürdige Vorzug, den diese Konkurrenz aufzuweisen hat: Billigkeit. Fragwürdiges zumindest im Hinblick auf die Qualitätsunterschiede gegenüber der echten Druckerei. Von größerer Schnelligkeit kann nicht die Rede sein. Wenn die Schreibstaben (bei weitaus geringerer Qualität der Arbeiten) oftmals billiger arbeiten, so erklärt sich das zudem fast regelmäßig nur dadurch, daß sie ungewöhnlich viele Lehrlinge und Anfängerinnen zu entsprechend niedrigen Löhnen beschäftigen. Allerdings ist es eine Tatsache, daß der Vervielfältigungsapparat für viele Büros eine ganz rentierliche Sache ist. Solange Bedarf an anspruchlosen, kleineren Arbeiten vorhanden ist, wird der Vervielfältigungsapparat dem Gewerbe zahlreich Aufträge entziehen. Und auch die weitaus harmlosere Konkurrenz der Schreibstaben wird so lange anhalten, wie es Anspruchslosigkeit und Lohndruck gibt.

Durch die — keineswegs vollständige — Schilderung von Erscheinungen, durch die der gewerbliche Absatz irgendwie gefährdet wird, soll nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als werde das Gewerbe einseitig bedrängt. Erzeugnisseherweise läßt sich beobachten, daß auch das Gewerbe recht kräftig von sich aus mit anderen Gewerben und Industrien konkurriert. Für die Fortentwicklung des Gewerbes ist es jedenfalls notwendig, wenn hin und wieder einmal über vorhandene Konkurrenzgefahren aus anderen Wirtschaftszweigen nachgedacht wird. Solches Nachdenken bewahrt vor der Illusion, als sei die Behauptung des Gewerbes in der Gesamtwirtschaft eine Angelegenheit, die sich von selbst regelt. Hier und dort könnte vielleicht etwas eifriger darüber nachgedacht werden, auf welchen Gebieten das Gewerbe noch mit Aussicht auf Erfolg konkurrieren kann.

Wirtschafts-Schulung

Das Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten, „Der freie Angestellte“ veröffentlicht unter dieser Überschrift einen interessanten Beitrag, den wir unseren Lesern besonders empfehlen. Zu der Frage: „Wie man Angestellte auf psychotechnischem Wege entzerrt“ äußert sich unlängst die Zeitschrift des Berliner Hochschulprofessors, Dr. M. Moede, „Industrielle Psychotechnik“. Im „Freien Angestellten“ werden u. a. die Maßnahmen geschildert, die Moede anzuwenden empfiehlt:

„In sechs Abschnitten zählt Prof. Moede einige Maßnahmen auf, die nach seiner Ansicht der Betriebsführung in der Regel den gewünschten Erfolg sichern werden. Wir wollen nicht verfehlen, diese Maßnahmen, in denen sich zweifellos der Gipfel der modernen Betriebswissenschaft verknüpfenbildet, auch den davon Betroffenen zur Kenntnis zu bringen.

Als erstes Mittel werden die Ferien genannt. Sie sind nach Professor Moede eine geeignete Zeit, um gegen einen mißliebigen Betriebsangehörigen bei seinen Kollegen, Vorgesetzten und Untergebenen, vorzugehen, teils um Material zu sammeln gegen ihn, teils um durch Stimmungsmache einen inneren Widerstand gegen seine Persönlichkeit zu zünden.

Diese allerliebste Taktik wird weiter ausgeführt. Freilich bleibt dabei die wichtige Frage unerörtert, ob auch die Urlaubszeit der meisten Angestellten zur Durchführung so feingepolterter Mäße ausreichend lang ist. Immerhin kann der Psychologe Moede sich nicht die schmunzelnde Schlussbemerkung verkneifen: „Ferien sind zwar gesundheitsförderlich, mitunter freilich auch gefährlich.“

Das zweite Mittel, einem Angestellten das Genid zu brechen, sind „unerfüllbare Aufgaben“. Diese Methode bedarf kaum der Erläuterung: „Die Zeitung — sagt Moede — stellt unerfüllbare Aufgaben, die die Kräfte des Angestellten übersteigen.“ Der Esel fühlt sich am Ende noch durch dies „Jutrauen gekehrt“! Stellt sich aber dann heraus, daß er in der angegebenen Zeit die Aufgabe nicht lösen kann,

„so wird das Verlangen des Angestellten objektiv (!) belegbar, und alle Forderungen auf dieser objektiven Grundlage sind leicht zu ziehen, die sonst unmöglich gewesen wären.“

Künftig wird der Chef dem Angestellten, den er loswerden will, nur aufzutragen haben, innerhalb vier Wochen die Spitze des Gaurisankars herbeizuschaffen. Wie einfach, wie genial!

Nunmehr drei der unersetzlichen Mittel sind „Abschaltung und Parallelschaltung“. Die Abschaltung vollzieht sich, indem man dem Angestellten mit heuchlerischem Hinweis auf seine „Überlastung“ und „Schonung seiner wertvollen Arbeitskraft“ das wichtigste Gebiet seiner Tätigkeit nimmt.

„Der eitle Angestellte (schreibt Moede) jählt sich durch diese Maßnahme gegebenenfalls gekehrt, ohne die Veränderung seiner Stellung sowie deren Beeinträchtigung zu werden.“

Eine Abart dieses Systems ist die Parallelschaltung des Opfers mit einem ehrgeizigen und energiegelassen Kollegen in der Hoffnung, daß es nun bald mit diesem Konflikte sehen wird! Das System läßt sich auch umlehren:

„durch Zuhaltung neuer Funktionen und Überlastung kann ein Jermirben und ein Verlangen beabsichtigt werden.“

„Der freie Angestellte“ bezeichnet diese und ähnliche Methoden als naiv und fordert die Psychotechnik auf, ihres guten Rufes willen von derartigen Mißbrauch abzurückeln. Die Zeitschrift des J. d. N. schließt mit der Mahnung:

„Wo gar, wie hier, an eine Strupplosigkeit appelliert wird, die sogar viele Unternehmer mit Entzerrung von sich weisen werden, so ein System der Heuchelei, der Spionage und des Betruges großzügig geübt werden soll, da kann nicht energig genug geübt werden: Solche Aferwischheit hat in den Betrieben nichts zu suchen. Sie kann die wahre Wissenschaft nur kompromittieren!“

Die Reichsbetriebe florieren

Kürzlich hat die Vereinigte Industrieunternehmungen AG. (Vig) ihren Geschäftsbericht bekanntgegeben. Die Vig ist eine Holdinggesellschaft, die die Unternehmungen des Reichs kontrolliert und verwaltet. Besteht einigen Rückschlüssen haben sich die in der Vig vereinigten Unternehmungen günstig entwickelt. Und dies zu einer Zeit, wo die Privatunternehmer Stein und Bein klagten. In welcher Weise dies geschah, ist am besten durch eine Auslassung zu erklären, die wir in Nr. 21 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ finden.

„Der Umfang der einzelnen zur Vig gehörenden Unternehmungen ist außerordentlich groß; so hat z. B. die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG. im Jahre 1929 einen Umsatz von nicht weniger als 73,7 Milliarden Mark aufzuweisen, nachdem dieser im Jahre 1927 erst 52,6 Milliarden Mark betragen hat. Die der Vig angeschlossenen elektrowirtschaftlichen Unternehmungen hatten im vergangenen Jahre eine Erzeugung von nicht weniger als 3 437 930 000 Kilowattstunden, im Jahre 1927 betrug diese Erzeugung erst 2 775 800 000 Kilowattstunden; sie ist also im Verlauf von nur zwei Jahren um rund 25 Prozent gestiegen; nach eigener Angabe der Vig stehen mit dieser Erzeugung die reichsweiten Werke an der Spitze der gesamten deutschen Elektrizitätsversorgung. An Braunkohle fördern die reichs-eigenen Unternehmungen nicht weniger als rund 9 Millionen Tonnen. Schon diese Ziffern geben einen anschaulichen Einblick in der Bedeutung der Reichswirtschaft innerhalb der gesamten deutschen Wirtschaft, wobei noch bemerkt sei, daß für manche Unternehmungen die Umsatz-, Produktionszahlen usw. nur durchaus unzureichend angegeben sind. Die Entwicklung der reichs-eigenen Betriebe ist um so erstaunlicher angesichts der Tatsache, daß in derselben Zeit die Privatwirtschaft einen sehr starken Schrumpfungspiegel erfahren hat.“

Man kann es diesem schwerindustriellen Organ nachfühlen, daß es die günstigste Entwicklung der Reichsbetriebe neidisch betrachtet. Vor Tische las man's anders. Als das Reich die ihm gehörenden Rüstungsunternehmen und sonstigen Betriebe auf Friedensarbeit umstellen mußte, sagte man ein baldiges Fiasko voraus. Nun ist das Gegenteil eingetreten, und die Industrie ist auch in diesem Zustand nicht zufrieden. Allen Menschen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann. Wir wollen uns aber freuen, daß die gemeinwirtschaftlichen Betriebe ihre Existenzberechtigung so gut beweisen.

Jubelfeier im Schatten der Diktatur

25 Jahre russische Buchdruckerbewegung

Bon S. S. H. M. A. 3.

Im Sommer 1905 machte die russische Gewerkschaftsbewegung ihre ersten vielversprechenden Schritte. In dieser Bewegung spielten die Buchdrucker — anfänglich in Petersburg, dann in Moskau und einer Reihe größerer Provinzstädte — die Rolle von Pionieren, die die spontane Massenbewegung erstmalig in klar umrissene und dauerhafte organisatorische Formen brachten. Der 25. Jahrestag der im Juni 1905 erfolgten Gründung des Petersburger Verbandes der Arbeiter des Buchdruckwesens ist daher ein Jubeltag nicht nur der Buchdrucker, sondern auch der gesamten russischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Rolle der ersten Gewerkschaftspioniere ist den Buchdruckern nicht zufällig gefallen. Die Gewerkschaftsbewegung ist die organisierte Bewegung der Arbeitermassen. Der Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation setzt den Willen zur organisierten eigenen Aktivität in breiten Arbeitermassen und ihre Fähigkeit voraus, aus den eigenen Reihen ausreichende Kadern von Führern und Organisatoren hervorzubringen, die den organisierten Willen der Arbeitermassen zum Ausdruck bringen. Die Buchdrucker als ausgesprochen städtische und kulturell am höchsten stehende Arbeiterschicht erfüllten diese Voraussetzungen in so großem Ausmaß, daß ihre gewerkschaftliche Organisation von Anfang an den besten Antrieb erhielt und eine ganze Generation ausgezeichneter proletarischer Führer und Funktionäre hervorbrachte.

In ihrer an Stürmen reichen Geschichte haben die russischen Gewerkschaften politische Verfolgungen in Hülle und Fülle über sich ergehen lassen müssen: die Gewerkschaften wurden immer wieder und wieder aufgelöst, durch die Verhaftung und Verbannung ihrer Führer enthaupet. Und wenn die Gewerkschaftsbewegung in anderen Gewerbebezügen nach der fälligen politischen Zerstörung ihrer Organisation der Hilfe von außen — sei es von seiten sozialistischer Intellektueller, sei es von seiten der Arbeiter anderer Berufsgruppen — bedurfte, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, so fehlte es bei den Buchdruckern nie an neuen Vertrauensleuten, die immer wieder aus den Arbeitermassen hervorgingen und fest und entschlossen das Werk ihrer ausfindenden Genossen fortführten. Und keine Sparte der russischen Arbeiterbewegung hat so frühzeitig und in so hohem Maße eine eigene echte proletarische Intellektuellenschicht hervorgebracht, die, in den Massen tief verwurzelt; „Fleisch vom Fleische“ der Arbeiterschaft war. Ihre hervorragendsten Repräsentanten bildeten eine Phalanx von Führern der Arbeiterklasse, auf die die Gewerkschaftsbewegung jedes europäischen Landes stolz sein könnte.

Und noch ein anderer Zug ist charakteristisch für die Gewerkschaftsbewegung der russischen Buchdrucker. Das ist ihre unzertrennliche Verbundenheit mit der Sozialdemokratie (dem Menschewismus) ohne die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei, ohne deren Bevormundung und Kontrolle von seiten der Partei. Hier waren Partei und Gewerkschaft in der Tat zwei Zweige einer einheitlichen Arbeiterbewegung, die zwar verschiedene Aufgaben haben, aber miteinander verbunden sind durch das gemeinsame Endziel und die gleiche Einschätzung der Bedeutung der Selbstbetätigung der Arbeiterklasse als der wahren Grundlage jeder wirklich proletarischen Bewegung.

Der Winter 1917/1918 wurde zum Wendepunkt in der Geschichte der russischen Gewerkschaften. Ein Verband nach dem anderen geriet — teils freiwillig, teils unter schwerem Druck von außen — unter bolschewistische Führung. Die Gewerkschaften hörten auf, Organe der proletarischen Aktivität zu sein, und das Leben ging an ihnen vorbei. Der Prozeß der kommunistisch-bürokratischen Entartung der Gewerkschaften setzte ein, und am Ausgang der Periode des „Kriegskommunismus“ waren sie nur mehr Amtsstuben, „für Arbeiterangelegenheiten“, die im Gegensatz zu den Arbeitern standen und ihnen häufig verhaft waren. Aber alle Versuche der Kommunisten, auch den Buchdruckerverband zu „erobern“, scheiterten an dem unbeweglichen Willen der fest zusammengeführten Mitgliedschaft. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Verbandes, um seine Erhaltung als demokratische Massenorganisation, die den Willen der Arbeitermassen zum Ausdruck bringt und ihre Interessen wahrnimmt, machte die Buchdrucker zur Avantgarde im Kampf um die Unabhängigkeit und proletarische Selbständigkeit der gesamten russischen Gewerkschaftsbewegung.

Nach einer Reihe mißglückter Versuche, die Mehrheit der Buchdrucker für sich zu gewinnen, griffen die Kommunisten zu brutalen Gewaltmaßnahmen. In Leningrad wurde der Buchdruckerverband bereits 1918 vernichtet; eine bewaffnete Tscheta-Abteilung besetzte die Verbandsräume, verhaftete den gewählten Vorstand und übertrug die Verbandsgeschäfte der kommunistischen

Zelle. Das war das Signal zu einem großen Ver-nichtungs-schlag. Nach dem Vorbild von Leningrad wurden die Buchdruckerorganisationen in Smolensk, Saratow, Samara, Charkow, Jekaterinoflaw, Odesa und vielen anderen Städten zerschlagen. Im August 1919 wurde auch die Landeszentrale des Verbandes von gleichen Schicksal ereilt. Doch die Buchdrucker kapitulierten nicht. Die beste und stärkste Verbandsorganisation — in Moskau — blieb dem Banner der freien, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, dem Banner des demokratischen Sozialismus treu. Ende 1919 fanden in Moskau zum letztenmal die Wahlen des Verbandsvorstandes auf demokratischer Grundlage statt. Die ganze Presse befand sich in den Händen der Kommunisten, die eine erbitterte Agitation betrieben. Die ganze kommunistische Maschinerie wurde in Bewegung gesetzt, um den Sieg bei den Buchdruckern zu sichern. Vorgebens! Von 9000 abgegebenen Stimmen entfielen über 7000 auf die Liste der Anhänger der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung (der Amsterdamer also, um den in Deutschland geläufigen Ausdruck zu gebrauchen) und knapp 2000 auf die kommunistische Liste (die Durchführung der Wahlen wurde von einem paritätischen Wahlvorstand überwacht).

Ein halbes Jahr später — am 18. Juni 1920 — stürmten bewaffnete Tschetisten die Räume des Verbandes, verhafteten den gerade tagenden Vorstand, und dann ging alles den gewohnten Weg: die gewählten Vorstandsmitglieder wurden ins Gefängnis geworfen und dann verbannt, die Geschäfte des Verbandes wurden den kommunistischen Agenten übertragen, die vor kurzem erst bei den Vorstandswahlen so kläglich abgegeschnitten hatten. Der Verband der Buchdrucker Moskaus hörte als freie Arbeiterorganisation auf zu existieren.

Die seitdem vergangenen zehn Jahre waren für den russischen Buchdruckerverband die Zeit langweiligen und farblosen Dahinvegetierens. Der „neue Kurs“ der Gewerkschaftspolitik in den ersten NEP-Jahren trug eine Belebung in die Gewerkschaftsbewegung hinein, jedoch die Buchdrucker blieben davon unberührt. Zu groß war die Kluft zwischen dem Verband und den Arbeitermassen, zu tief die Wunde, die die Tscheta der Buchdruckerbewegung geschlagen hatte, zu offensichtlich die verächtliche Rolle der kommunistischen Unteroffiziere. Die Kommunisten haben den Buchdruckerverband in tiefe Lähmung verfallen können, aber ihn innerlich zu gewinnen vermochten sie nicht.

Die Zeitungen berichten über die soeben stattgefundenen Jubiläumsfeier in Leningrad. Das Jubiläum wird gefeiert zu einem Zeitpunkt, da die Zerschlagung der letzten großen unabhängigen Organisation der Buchdrucker, die Verübung gräßlicher Gewaltakte gegenüber dem letzten freigewählten Vorstand des Moskauer Verbandes sich zum zehntenmal jährt und da der Führer des Moskauer Verbandes, der Stolz der Buchdruckerbewegung, Genosse Alexander Dewjattin, in Odborsk im fernem Sibirien, in der Nähe des Polarzirkels, das bittere Los der Verbannung auskostet. Die aber, die die bewährten und berufenen Führer der Buchdruckerbewegung in Gefängnis und Verbannung schmachten lassen, feiern das Jubiläum des Buchdruckerverbandes. Ein schimmerer Hohn ließe sich schwerlich erfinden.

Das Jubiläum der Buchdruckerbewegung in der Zeit der Dämmerung der russischen Gewerkschaftsbewegung gemahnt die russischen Arbeiter daran, daß eine Wiedergeburt der Gewerkschaften nur möglich ist auf dem Wege der Überwindung der kommunistischen Bevormundung, auf dem Wege freier, schöpferischer Aktivität der Massen, auf dem Wege der Wiederherstellung der Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation.

Wohlfahrtsarbeiter sind Unterstützungsempfänger und keine Arbeiter

Dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung war die Frage vorgelegt worden, ob bei der Beschäftigung von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern bei Notstandsarbeiten der Stadt diese als Arbeiter angesehen werden können oder als Unterstützungsempfänger. Diese Frage hat der Präsident in einem Schreiben an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Rheinland (Geschäftszeichen: IIIa 910/30) folgendermaßen beantwortet: „Die Frage, ob Wohlfahrtsarbeiter eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausführen, ist nur im Einzelfall unter Würdigung aller Umstände zu entscheiden (vgl. einerseits das Gutachten des Reichsversicherungsamtes in „Entscheidungen und Mitteilungen“, Bd. 22, S. 377, andererseits Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 12. Juni 1928 in „Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen“, Bd. 121, S. 288). Aus dem Umstand, daß die Wohlfahrtsarbeiter der Stadt bei den besonderen zufälligen, durch die städtischen Betriebe für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge eingerichteten gemeinnützigen Arbeiten beschäftigt werden, möchte ich schließen, daß diese Wohlfahrtsarbeiter Unterstützungsempfänger und

keine Arbeiter sind; sie können daher im Rahmen des § 10 Absatz 2 der Richtlinien des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die werthaltende Arbeitslosenfürsorge vom 28. März 1928 zu Notstandsarbeiten zugewiesen werden. Gestützt wird meine Auffassung noch dadurch, daß die Unterstützung einseitig zur Arbeit angewiesen werden, daß die Festsetzung der Leistung der Stadt einseitig erfolgt und insbesondere, daß die Anwendung des Betriebsstrafgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes auf die Beschäftigung dieser Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ausgeschlossen ist. Es handelt sich hier jedoch nicht um ein obrigkeitliches Fürsorge, als um ein freies, zwischen gleichberechtigten Parteien abgeschlossenes Arbeitsvertragsverhältnis. Die Beträge, die Wohlfahrtsarbeitern gewährt werden, sind im allgemeinen, wie auch im vorliegenden Falle, kein Arbeitslohn, sondern Unterfertigung, während die freien Arbeiter, zu denen nach § 139 AWO, auch die Notstandsarbeiter zu rechnen sind, ausschließlich Lohn, nicht aber Unterfertigung erhalten. Die Folge dieser Rechtslage ist andererseits aber auch, daß die Beschäftigung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zum Erwerb einer Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung dienen kann. Dieser Befcheid ergeht vorbehaltlich der Entscheidung im Rechtszuge.“

Der Reichtum deutscher Bodenschätze

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beruht in erster Linie auf den deutschen Bodenschätzen. Diese haben die Industrie hierzulande zu einer der größten Werkstätten der Welt gemacht. Schon seit Jahrhunderten wurden die Bodenschätze handwerklich ausgebeutet. In den letzten 50 Jahren fand eine rationelle Gewinnung und Verarbeitung in Großbetrieben statt. Die Landesabtretungen infolge des Versailler Vertrages hatten für Deutschland den Verlust wichtiger Rohstofflager zur Folge. Trotzdem ist der gegenwärtige Bestand an Erzen und Mineralien, Steinen und Erden noch groß genug, um die Grundlage einer Weiterentwicklung der deutschen Industrie bieten zu können. Daneben müssen naturgemäß in steigendem Maße ausländische Rohstoffe herangezogen werden. Der unmaßmäßige Vorrat Deutschlands an Brenn- und mineralischen Rohstoffen aller Art, soweit sie im Bergbaubetrieb gewonnen werden, geht aus der folgenden Zusammenfassung, die nach den Angaben der Preussischen Geologischen Landesanstalt gemacht wurde, hervor:

Brennstoffe	in Tonnen
Steinkohlen	90 340 000 000
Braunkohlen	21 960 000 000
Torf	10 000 000 000
Rohstoffe (Erze, Metalle, Mineralien)	
Eisenerze	1 270 000 000
Stein Salz	10 000 000 000
Kalifalze: davon Rohfalz	20 000 000 000
davon K ₂ O	2 000 000 000

Die hier genannten Vorräte sind bis zu einer Tiefe von 1000 Meter geschätzt. Unbenannt ist die Größe der Vorräte in Kupfer, Zinn, Blei, Silber, Mangan, Zinn, Wolfram- und Nickelergänzen. Deutschland besitzt aber weiter wertvolle Vorräte in lithographischen Schieferen, Dachschieferen, Bernstein, Kaolin (Porzellanerde), Graphit, Bauxit und Schwefelkies. Im Jahre 1928 wurde die Ausbeute der deutschen Bodenschätze in 960 Betrieben mit 651 000 Personen vorgenommen. Es wurde eine Rohförderung von 341,6 Millionen Tonnen im Werte von knapp 3 Milliarden Mark erzielt. An der Spitze stehen Steinkohlen, Braunkohlen, Salz und Kali. Die Steinkohlenförderung hatte einen Wert von 2,2 Milliarden Mark; die Braunkohlenförderung von 469 Millionen und die Kaliförderung von 157 Millionen Mark. Es wurde ein Ausfuhrüberschuß von insgesamt 20,65 Millionen Tonnen im Werte von 427 Millionen Mark bei einzelnen Bergbauprodukten erzielt. Durch Einfuhr gedeckt wurde 1928 der Mehrbedarf an Rohstoffen in Höhe von 21,92 Millionen Tonnen im Werte von 1126,7 Millionen Mark. Die *F r e u n d s c h a f t* und *M i n e r a l r o h s t o f f b i l a n z* Deutschlands für das Jahr 1928 sieht demnach folgendermaßen aus:

	in Mil. t.	in Mil. M.
Eigenproduktion	341,6	2 983
abzüglich Einfuhr	21,9	1 126
Saldo:	319,7	1 857

Gegen die Vorkriegszeit ist eine erhebliche Verschlechterung festzustellen. Der Verlust Elfaß-Notbringens und Nitroberleiens fällt sehr ins Gewicht. Dennoch ist die Brennstoff- und Mineralrohstoffbilanz wertmäßig zu 82,2 Proz. aktiv. Tritt das Saargebiet wieder zu Deutschland, so erhöht sich diese Aktivität nicht unwesentlich. Es ist erfreulich, die Grundlagen der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft gesichert zu sehen.

Ihr Männer seid doch wertwürdige Geschöpfe! Wenn euch nur irgend etwas verquer geht, so müßt ihr euch gleich betrinken oder euch auf irgendeine andere Weise ins Anglück stürzen. Ihr seid nicht besser als Mädelkinder.
Anderen Negö („Velle der Eroberer“).

Ferien eines Arbeiters

Von Siegfried Wagner.

Kaustend interessante Ausnahmen entnehmen wir der Zeitschrift „Urania“. Das Abonnement der „Urania“ ist von jedem empfohlen. Probehefte werden auch kostenlos von der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Jena. geliefert.

Nun sind unsere Ferien endlich da. Acht Ferientage sind nicht viel Freiheit für einen das ganze Jahr hindurch schweißtreibenden Arbeiter. Aber wie wenig Arbeiter wissen heute ihre Ferien zu nutzen in körperlicher und geistiger Erholung, in einem Kräfte sammeln für ein neues Werkjahr. Welch großer Teil Proletariat verjumpt sich jedes Jahr nicht immer zu Hause oder im Schrebergarten. Noch hängen die Arbeiter zu fest in bürgerlichen Gefühlen und Denken der Unterdrückten. Sie haben sich noch nicht von der kapitalistischen Ideologie befreit. So kommen die Arbeiter auch in ihren Ferientagen nicht aus dem Alltagsleben. Und immer glauben sie noch, Erholung und Atempause von Arbeit ist Vorrecht der kapitalistischen Klasse.

Da sind wir jetzt in einem der Ferienheime, in das unsere Ferienheimgenossen ein ehemaliges Hotel umgewandelt hat. Die Zusammengehörigen, Mann und Frau oder ganze Familien, haben ein Zimmer für sich. Für das Einnehmen der Mahlzeiten sind zwei Stunden Zeit gegeben, so daß man zwanglos ein- und ausgehen kann. Und doch sucht man nicht abgeschlossen zu sein, sucht Genossen, mit denen man sich ausreden kann, sucht Verbindung mit anderen. Man lernt andere Menschen aus anderen Städten kennen und läßt sich gegenseitig näherkommen. Wie notwendig das für unsere Arbeiterbewegung ist, haben wir vielleicht erst zum geringsten Teil begriffen. Nur die Zeit dazu ist eben zu kurz.

Wir brauchen derartige Ferienheime in schöner Umgebung. Der Arbeiter will sich einmal ausruhen. Wie angenehm ist es, nach ein paar wenigen Schritten mitten im Walde zu sein. Drei, vier Stunden Wanderung in die nähere oder weitere Umgebung bieten alles, was man verlangen kann. Man klettert am steilen Waldabhang, schlängelt sich auf schmalen dichtungswahnen Wegen und läuft die abfallende Schenke zurück. Oben sah man die bewaldeten Hügel, Täler und Berge des östlichen Erzgebirges bis weit hinaus und blüht, ohne daran zu denken, über die Grenze der Tschechoslowakei hinweg.

Aber nicht nur die Natur erleben wir hier. Was wären wir sonst für einseitige, nicht lebensmäßig bewusste Menschen. Wir wollen in der Natur nicht unser proletarisches Sein und die Gesellschaft vergessen. Nicht vergessen wollen wir, sondern erleben. Wenn wir im Wald, auf Feld und Wiege in reiner Luft und strahlender Sonne dem Körper gesundes Atmen ermöglichen, wenn wir uns freuen an den immer wechselnden Bildern der Natur, dann wollen wir gleichzeitig die Menschen der uns noch nicht bekannten Gegend kennenlernen, wollen mit unserem Klassen-genossen, dem Lands- und Heimarbeitern, sprechen und vielleicht auch Beobachtungen machen in anderen gesellschaftlichen Kreisen.

Wir sind in einem Kurort. Es ist ein Kurort, in dem man zwar keine Kurtage zu entrichten hat, dafür aber einen sicher ebenso hohen Ortsbeitrag leisten muß. Zwischen Kurtag und Ortsbeitrag besteht an und für sich kein Unterschied, vielleicht nicht aber die letztere einige sparsame erholungssuchende Menschen mehr als ein Kurtag an. Hier gibt es eine Pension neben der anderen, deren größte für einen Tag der Woche „Reunion“ anzeigen. In den Pensionen wohnen die Angehörigen der bestehenden Schichten. Wochen und manchmal auch Monate länger als wir mit unseren tagen acht Tagen. Man sieht sie, vielleicht sind sie schon gelangweilt, mit ihnen, förmlich gezwungenen Gesprächen auf den bequem angelegten Promenadenwegen ununterbrochen dahinschlendern. Man sieht hübsche alte Tanten, die pensionierte Lehrpersonen alten Schlages sein müssen. Typ: Klemmer, hochaufgesteckte perückenmäßige Haare, strenges, verbissenes Gesicht, dürr, steife Haltung und alles andere, nur nicht Natürlichkeit. Sie scheinen in der nächsten Umgebung des Ortes Banplage zu sein. Überall trifft man sie, und immer glaubt man, die gleiche doch eben gesehen zu haben. Doch nicht man als männliches Gegenstück so etwas wie unverheiratete Beamte der Bürokratie des früheren Staates, deren heute noch eine übergroße Anzahl Ministerien, staatliche und städtische Ämter überdauern.

Wenn würden wir uns einmal diese Kreise näher betrachten, obwohl man bereits von weitem ihre innere Hohlheit bemerkt. So hatten wir gleich am ersten Tage Gelegenheit, den Beweis für unsere Behauptung zu erleben. Sah da im Garten eines Restaurants in Oberbärenburg einer dieser verdorrten Bürokraten mit seinen alten Eltern und einer noch älteren Dame. Unwillkürlich dachten wir an George Grosz' gezeichnete Spieker. Sie unterhalten sich und der verdorrte Bürokrat sprach übermäßig laut und betont von Aufheiter und Irrsinnigen der Kriegesbeschädigten und Erwerbslosen. Es waren die abgedroschenen Phrasen denkfaul, in befähigten spießigen Verhältnissen lebender Menschen: Abends gehen die Zwölfen häufiger, tagsüber drücken sie sich von jeder Arbeit und gehen außerdem noch rümpf und mehr Kinder in die Welt. „Ich habe kein Mitleid mit diesen Menschen“. Ich hörte er im Brustton seiner dreifachen Abersetzung. Aber feig war er auch, zumindest schien es so, denn als wir über seine Oberflächlichkeit und Pentunfähigkeit etwas mitleidig lächelten, sprach er leiser: „Nun ja, früher durfte eben über die Worte eines Oberbürokraten nicht gelächelt werden.“

Arbeiter gibt es wenig in der Nähe. Wir sahen meist nur Waldarbeiter und Zimmermädchen. Die Einwohner des Kurortes sind Pensionsvermieter und Geschäftsleute. Die Proletarier scheinen verdrängt im Oberdorf in Häuserhöhlen und in den Kellerwohnungen der Pensionen. Immer wieder wollen wir Führung suchen zu den Angehörigen unserer Klasse, wollen wir die Solidarität der Arbeiterklasse werden und stärken.

Es ist, unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, nicht immer notwendig und zweckmäßig, ein Ferienheim zu besuchen. Freilich, bei der kurzen Ferienwoche kommt man leicht in Versuchung, für jedes Jahr die angenehmste Ausspannung im Ferienheim zu nehmen. Aber denken wir an die Familienwäuter und Erwerbslosen, die sich trotz verhältnismäßig günstigen Preisen einen derartigen Erholungsaufenthalt nicht leisten können. Werden wir selbst nicht bequem und wechseln wir ab: Wandersfahrten und Ferienaufenthalte, dann werden wir bemüht zu gleicher Zeit uns erholen, kräftigen und das Wildfeld unseres Geistes weiten. Nur so werden wir über die engen Grenzen unseres Denkens, „unseres“ Betriebes, „unserer“ Stadt und schließlich „unseres“ Landes hinaussehen lernen. Das dürfte für unseren täglichen Klassenkampf besonders notwendig sein.

Schiedsal in vier Zeilen

H. J. Als Marie den Briefkasten leerte, fiel ihr ein rosa Brief auf. Schnell hatte ihr Mann nur antilige Korrespondenz. Die Berührung war groß. Mariens braune Augen glänzten hell. Mit dem großen Küchenmesser schnitt sie den rosa Brief auf und las:

Herr Doktor, ich bin tief erkrankt, das ich mich so gehen lassen konnte heute nacht in der Zangfernhöhe, und was werden Sie wohl jetzt von mir denken. Erwarte sie um sieben am Stern. Wohl!

Marie stand dem Doppelleben ihres Mannes ohne Fassung und ohne Versehen gegenüber. Das Ende war die Scheidung. „Das Unterrichtsministerium hat Ihr Gesuch um Bewilligung einer Studienbeihilfe für Ihren Sohn abgelehnt.“

Infolgedessen kam Fritz statt aufs Gymnasium in die Fabrik. Die Welt verlor einen Naturwissenschaftler ersten Ranges, der nun in Suhr Nieten in eiserne Bettstellen schlug. Bierzig Jahre lang, bis er starb, ohne das Geheimnis der Primzahlen zu lösen, das in ihm steckte.

Georg Brunner war ein kleiner Kaufmann in einem großen Warenhaus. Mit großem Verdruß hatte er festgestellt, daß der Abteilungschef mit Toni, was seine Braut war, liebevolle Blide tauschte. Und als er nach Hause kam, lag ein Brief da:

Herr Georg, es muß ja doch ein Ende nehmen, habe das Hungerleben satt und die ewige miße Stimmung, man lebt nur einmal, und das mach' ich besser ohne Sie. Also Schluss, tut mir leid, Toni.

Wer konnte so was ahnen? Am nächsten Tag war Georg nicht im Geschäft, mittags wurde angerufen, Polizei ersuchen: Selbstmord. Toni. Große Erregung im Warenhaus. Abteilungschef und Toni beide getüddelt, aufeinander bitterböse, jeder verflucht den anderen als Verführer. Toni wird Büglerin, Abteilungschef muß Keilenteile annehmen. Aus der Fürsorgeanstalt an den Staatsanwalt: Ich will es Ihnen gestehen, es war gar nicht der Vater, sondern der Herr Pfarrer selber, der es getan hat, und der mich hieß, den Vater anzugeben...

Daraufhin folgte eine kurze Unterjuchung, die dem einen die Freiheit, dem anderen das Gefängnis brachte, einen unerhörten Skandal entpulte und aufs neue „Ärsel der lindlichen Seele“ entpulte.

Theaterbericht: Diese Tänzerin ist ein gottbegnadetes Genie, ihr Tanz ist ein ungeheures Erlebnis für jeden. Diese Künstlerin hat die höchste Stelle erreicht, sie ist zur klassischen Vollkommenheit gelangt und ist unter die Größen des Kollies einzureihen. — So wurde binnen 24 Stunden aus einer unbekanntem Dame eine Künstlerin von Weltraum mit glänzenden Einnahmen, Vierzeilenfischsal.

Aus den Zahlstellen

Breslau. Die Mitgliederversammlung am 19. Juni erzielte sich eines zahlreichen Besuchs. Nach Eröffnung nahm der Arbeitersekretär, Genosse Hahn, das Wort zu einem Vortrag über „Die Rechte der Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse“. In der Aussprache nahmen mehrere Kollegen Gelegenheit, auf verschiedene Unklarheiten hinzuweisen. Ebenso war man mit dem Verhalten der Vertrauensräte der Mitgliedschaft gegenüber nicht einverstanden; dies beleuchtete unter anderer Vorführung, Kollege Ziegler, an Hand eines trassen Beispiels, dem alle Versammlungsteilnehmer zustimmten. Kollege Malitzki sowie Gauweiler Kollege Reinhold dankten dem Referenten für den belehrenden Vortrag. Es folgte dann Berichterstattung über die stattgehabene Kartellstellung, welche sich in der Hauptache mit freigeberischer Jugendberziehung befaßt hatte. Betreffs Abhaltung eines Sommerfestes wurde beschlossen, am 13. Juli d. J. eine Motorbootfahrt nach Trebsen zu unternehmen mit Belustigungen aller Art. Alle Erwerbslosen, welche daran teilnehmen, erhalten aus Ortsmitteln 5 M. Zum Schluss wurde noch unter Punkt „Berichtigendes“ daran erinnert, daß während der Ferien eine Nebenarbeit nicht geleistet werden darf. Ferner wurde mitgeteilt, daß das Lohnabkommen ab 1. Juni d. J. auf weitere sechs Monate verlängert worden ist.

Dortmund. Nach längerer Pause fand am 14. Juni unsere Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende leitete dieselbe ein mit umfangreichen geschäftlichen und tariflichen Mitteilungen. Besondere Erwähnung verdient die vorläufige Regelung unserer finanziellen Verpflichtungen an die Volkshaus-Gesellschaft m. b. H. und die Belassung eines tariflichen Streitfalles mit einer hiesigen Zeitungsdruckerei. Den Kassenbericht vom ersten Quartal 1930 gab die Kollegin Weichert. Auch dieser Kassenbericht legte Zeugnis davon ab, daß sich die Kassenverhältnisse der Zahlstelle unabhängig zum Besseren wenden. In allen Kassen war eine höhere Einnahme zu verzeichnen, während in der Volkshauskasse die Ausgaben gegenüber dem vorhergegangenen Quartal um rund 210 M. niedriger blieben. In der Mitgliederbewegung standen 6 Austritten und Auszahlungen 10 Neueintritte gegenüber, so daß ein Mehr von 4 Mitgliedern am Quartalschluss vorhanden war. Zu berücksichtigen ist dabei, daß sich allmählich die Ausweisungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeit stärker bemerkbar machen. In der Aussprache hob Kollege Herrman hervor, daß dieses günstige Resultat natürlich nur durch Vermeidung jeder nicht unbedingt notwendigen Ausgabe zu erzielen war. Bedenklich sei unserer Ansicht nach die ertauentliche Bewilligungsfreudigkeit anderer Körperschaften, denen wir zwangsläufig angegeschlossen sind. Wieder einmal innerhalb kurzer Zeit habe das Ortstartell die Beiträge der angeschlossenen Verbände erhöht, und ähnliche Erscheinungen seien auch anderswo zu beobachten. Der Kollegin Weichert gebühre namens des Vorstandes und der Mitgliedschaft besonderes Lob für die mühselige Verwaltung unserer Kassenangelegenheiten. Die Revisionen hätten die Kassen gewissenhaft geprüft und feinerlei Beanstandung vornehmen müssen. Der Entlassungsantrag wurde einstimmig angenommen, worauf Kollegin Weichert für das betundete Vertrauen besonders dankte. Aus besonderen Gründen war diesmal eine Aussprache über die Zusammenarbeit der Funktionäre in der Mitgliederversammlung gelegt worden. Weiter stellte eine große Anzahl von Funktionären, so daß der beabsichtigte Erfolg in Frage gestellt ist. Kollege Herrman bewies an einer Reihe von Beispielen, daß in unserem Funktionsapparat noch einige schwache Punkte vorhanden seien. In Zukunft dürfe es nicht mehr vorkommen, daß sähige Kolleginnen und Kollegen sich von der Mitarbeit drücken. Den Funktionären müsse seitens der Mitglieder die Arbeit leichter gemacht werden, damit wieder Lust und Liebe zur Verbandsarbeit in die Zahlstelle einkehre. Aus der Versammlung heraus wurde betont, daß der Vorstand bei seinem Bestreben

die volle Unterstützung der Mitgliedschaft habe. Der Vorsitzende gab ferner bekannt, daß seitens des Graphischen Kollies demnach eine Beschäftigung des Arbeitsphysiologischen Instituts stattfinden werde und ersuchte die Mitglieder, sich zahlreich daran zu beteiligen. Bei diesem Institut handle es sich nicht um eine langweilige Angelegenheit der Wissenschaft, sondern um ein Forschungsinstitut, durch dessen Arbeit die Arbeiterklasse mittel- und unmittelbar auch fastliche befreit werde. Von besonderem Interesse seien die durchgeführten Experimente mit Hunden usw., zu deren persönlicher Beobachtung die bevorstehende Beschäftigung Gelegenheit biete.

Zwickau. Mitgliederversammlung am 18. Juni. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen zum städtischen Landtag hielt die Kollegin Stopp einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Sachverwalter. Anschließend erstattete der Kollege Käseberg den Bericht vom Goutag in Witten i. V. vom 3. und 4. Mai d. J. Er gab den Anwesenden die Zahlen bekannt, welche für Unterstützung usw. innerhalb unseres Verbandes zur Auszahlung gelangt sind. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß der nächste Goutag aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle Zwickau in Zwickau abgehalten wird.

Rundschau

Mitgliedsbuch gestohlen. Dem Kollegen Karl Käding, Berlin, wurde das Mitgliedsbuch gestohlen. Da anzunehmen ist, daß mit dem Verbandsbuch Mißbrauch getrieben wird, werden die Ortsverwaltungen gebeten, achtzugeben, wenn das Buch irgendwo vorgelegt wird. Es trägt die Nummer 4795 und ist auf den Namen K. a. r. l. K ä. d. i. n. g., Berlin, geb. 20. Januar 1891, ausgestellt. Der Vorgesetzte ist anzuhalten und sofort der Behörde zu übergeben, da genannter Kollege von ihm überfallen und ausgeraubt worden ist.

Achtung! Schwindler! Dem Ortsauschuß Patzkau wurde folgender Ausweis bei einem Untersuchungsgeheuch vorgelegt: „Ausweis! Der Kollege Wilhelm Müller, geb. 28. Oktober 1903 zu Lünen, gehört seit dem 2. März 1920 dem Deutschen Tabakarbeiterverband als Mitglied an. Der Kollege ist mit seiner Familie deshalb in große Not geraten, weil er seine neue vertragsmäßige Stelle wegen Konkurs des Arbeitgebers nicht antreten konnte. Da der Kollege vollständig mittellos wurde, haben wir uns verpflichtet gefühlt, ihm zu helfen, indem wir 40 M. für Unterhaltskosten und eine Reiseunterstützung von 10 M. gaben. Da der Kollege auch seine Möbel nach hier verladen hatte, so haben wir den Verbandsvorstand seines Verbandes darum geschrieben. Der Kollege mußte sein Mitgliedsbuch einschicken, das die Nummer 8487 hat und bis zum heutigen Tage noch nicht zurück ist. Wir haben dem Kollegen diesen Ausweis geschrieben, damit er sich legitimieren kann. Wir möchten die Gewerkschaften und die Zahlstellen seines Verbandes dringend bitten, ihn nach Möglichkeit zu unterstützen.“ Dieser Ausweis trug Stempel und Unterschrift des Ortsauschusses Ratibor. Nachfragen haben ergeben, daß der Ortsauschuß eine solche Bescheinigung nicht ausgestellt hat. Wie sich der Schwindler einen Stempel beschaffen konnte, ist unklarlich. Identisch dürfte der Schwindler mit dem gleichnamigen Wilhelm Müller sein, vor dem auch der Verband der Fabrikarbeiter in seinem Verbandsorgan Nr. 16 warnt. Auch in dieser Warnung wird darauf hingewiesen, daß der Schwindler mit falschen Bescheinigungen ohne Mitgliedsbuch arbeitet. Wahrscheinlich benützt der Schwindler zur Herstellung der Stempel besondere Gummitypen. Neben der Warnung vor diesem Schwindler wiederholen wir unsere frühere Anweisung, in keinem Falle empfehlende Bescheinigungen auszustellen.

Fahrgeld sparen



fahren

Klein- in Wochen- oder Monatsraten

LINDCAR-FAHRRADWERK

berlin Lichthofstr.

Unternehmen d. Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen

Auskunft und Bestellungen durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

Unserem lieben Kollegen Eugen Scharrf und Braut zu ihrer Vermählung am 24. Juni die herzlichsten Glückwünsche. Mitgliedschaft Zweibrücken.

Für die Woche vom 29. Juni bis 5. Juli ist die Beitragsmarke in das 27. Geld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Weichselstr. 16. Verleger: Ant. Weidner, 1928. — Verlag: D. Vöckel, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmb. H., Berlin SW 61. Drucknummer 5.